

Merkblatt

Landratsamt Main-Tauber-Kreis

Rechts- und Ordnungsamt

Schmiederstraße 21

97941 Tauberbischofsheim

Tel.: 09341/82-5702, Fax: 09341/828-5900

E-Mail: rechtsamt@main-tauber-kreis.de

Internet: www.main-tauber-kreis.de



Main-Tauber-Kreis

Online-Dienste für waffenrechtliche Erlaubnis – Hinweisblatt zum Datenschutz

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landratsamt Main-Tauber-Kreis

Rechts- und Ordnungsamt

Gartenstraße 1

97941 Tauberbischofsheim

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

| | |
|----------------------|--|
| Organisationseinheit | Sachgebiet Kreisjagdamt, Waffenrecht, Sprengstoffrecht |
| Telefon: | 09341/82-5891 |
| Fax: | 09341/828-5891 |
| E-Mail: | waffenregister@main-tauber-kreis.de |

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis

Gartenstraße 2

97941 Tauberbischofsheim

| | |
|----------|--|
| Telefon: | 09341/82-5902 |
| E-Mail: | datenschutzbeauftragter@main-tauber-kreis.de |

3. Datenverarbeitung

Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:

- Ihren Anträgen und den gegebenenfalls daraus resultierenden Folgeanträgen im Bereich des Waffenrechtes (Waffengesetz, Allgemeine Waffengesetz-Verordnung).

4. Zweck und Grundlagen der Datenverarbeitung

Um waffenrechtliche Bestimmungen zu vollziehen, müssen wir Ihre persönlichen Daten erheben. Ihre Daten als Antragsteller bzw. Antragstellerin werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO in Verbindung mit dem gültigen Waffengesetz verarbeitet. Ihre Daten als Bevollmächtigter werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DS-GVO verarbeitet.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
- eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

innerhalb des Verantwortlichen:

- Waffenbehörde
- Bereich IT-Infrastruktur und Service: Im Falle der Behebung einer Systemstörung ist der Zugriff auf personenbezogenen Daten nicht auszuschließen.

Auftragsverarbeiter:

- Die komm.ONE AöR ist als kommunaler IT-Dienstleister Auftragsverarbeiter und stellt das Fachverfahren Condition/WorkOffice bereit.
- Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung Bayern (AKDB) ist Auftragsverarbeiter des Landes- oder kommunalen IT-Dienstleisters und mit der technischen Entwicklung und dem Betrieb des Online-Dienstes beauftragter Dienstleister.
- Die AKDB beauftragt die H&D (Unter-Auftragsverarbeiter) mit der technischen Entwicklung und der technischen Betreuung (Administration) der eigentlichen Anwendung. Die H&D verarbeitet und speichert keine personenbezogenen Daten.

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

- Personenbezogenen Daten können im Zuge der Zuverlässigkeitsprüfung nach § 5 WaffG und der Überprüfung der persönlichen Eignung nach § 6 WaffG an für die im Erteilungs- und Beurteilungsprozess relevanten Behörden weitergeleitet werden. Darunter fallen insbesondere der Verfassungsschutz, Regierungspräsidien, Sicherheitsbehörden, das Nationale Waffenregister (NWR), das Bundeszentralregister (BZR), die zuständigen Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die zuständigen Industrie -und Handelskammern (IHK), das Zentrale Staatsanwaltliche Verfahrensregister (ZStV), die zuständigen Polizei- und Justizbehörden sowie zuständige Amts- bzw. Fachärzte und -psychologen.

Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

- Es ist grundsätzlich nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln; außer wenn das erlaubt und zum Vollzug der waffenrechtlichen Bestimmungen zwingend erforderlich ist. Allerdings werden Ihre Daten über die zuständigen Registerbehörden in unterschiedlichen Registern gespeichert, auf welche ggf. auch Behörden anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Zugriff haben (z.B. IMI).

7. Dauer der Speicherung

Die personenbezogenen Daten werden längstens bis 30 Jahre nach Beendigung Ihrer waffenrechtlichen Tätigkeit gespeichert. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten.

8. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.

Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 31 DS-GVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

| | |
|----------|------------------------|
| Telefon: | 0711/615541-0 |
| Fax: | 0711/615541-15 |
| E-Mail: | poststelle@lfdi.bwl.de |

Stand: Februar 2024